

Der Volksstaat

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Büchler-Expeditionen für die
Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Wm. Lueders,
409 Maystr. Chicago, Ill.
Peter Dab,
S. W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Stempel-
steuer 21 1/2 Sgr., für die
übrigen Deutschen Staaten
16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen Deutschen
Postanstalten auf den 2ten
u. 3ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen, im Hgr. Sachsen
u. Hgrh. Sachl.-Altenburg
auch auf den 1ten Monat
à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Bergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr., die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 33 Freitag, 20. März. 1874.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. April beginnt ein neues Quartal und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt 16 Sgr. (56 Kr. rh.) pro Quartal, 5 1/2 Sgr. (18 1/2 Kr. rh.) pro Monat, in Preußen incl. Stempelsteuer 21 1/2 Sgr.

Alle deutsche Postanstalten nehmen Abonnements entgegen. Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per Kreuzband beziehen, wird dasselbe bei dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

- für Deutschland 1 Thlr. 5 Ngr. (2 fl. 3 kr. rh.);
- für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien und Italien 1 Thlr. 10 Ngr. (5 Frs.);
- für Frankreich, die Niederlande, Portugal, Großbritannien, Rumänien und die Türkei 1 Thlr. 20 Ngr. (6 1/2 Frs.);
- für Spanien und für Amerika 2 Thlr.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis (mit Dringeloh) auf 17 1/2 Ngr. pro Quartal und 6 Ngr. pro Monat festgesetzt. Man abonniert bei der Expedition dieses Blattes, Zeisigerstraße 44, und bei Colporteur Müller, für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarzdorf, Reudnitz, Neuschönefeld u. bei D. Stelzer, Reudnitz, Kapellengasse 11, 2 Tr., für Plagwitz und Lindenau u. bei Frau Hohe, Plagwitz, Bismarckstr. 6, für Sonnawitz u. bei Teubert, Bornaische Straße 19, für Kleinschöcher und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst, für Thonberg bei Horn, Hauptstr. Nr. 95, für Stötteritz bei D. Richter.

Der Abonnementsbetrag ist bei Bestellung zu entrichten. Abonnements bei der Expedition, sowohl einzelne wie von Filialen, welche nicht rechtzeitig erneuert worden, werden vom 1. April an nicht mehr effektuiert.

Bei Nachbestellung ist an die Post 1 Sgr. Bestellgebühr außer dem Abonnementsbetrag zu entrichten.

Rede des Abg. Julius Bahleisch

in der Reichstags-Sitzung vom 12. März für den Antrag Bahleisch-Basenclever auf Haftentlassung von Liebknecht und Bebel.

Abgeordneter Bahleisch: Meine Herren, wir haben es heute mit einem Antrag zu thun, der schon gewissermaßen zu den Todten gelegt war. Indessen, er ist wieder lebendig geworden, und ich fürchte, wir werden mit ähnlichen Anträgen sogar noch sehr oft zu thun haben; einmal deshalb, weil es der sozialdemokratischen Partei niemals an Leuten fehlen wird, die im Gefängnis sitzen (Heiterkeit), und zweitens, weil auch bis auf lange Zeit hinaus schwerlich eine Majorität in diesem Hause sich finden wird (Auf: Hossentlich!), die einem Antrag auf Freilassung solcher Gefangenen zustimmt (Auf: Schwerlich!).

Es wird mit diesem Antrage gehen, wie mit dem Diätenantrage, nur nehmen wir eine wesentlich andere Stellung ein, als wie die Herren, die für den Diätenantrag eintreten, ihn zu stellen pflegen. Wir partiren nicht mit denen, die uns mit Hohn unsere gerechten Forderungen zurückweisen, sondern wir sind unversöhnlich (Heiterkeit); wir lassen nicht mit uns „handeln“! Ich lege auf das letztere Wort gerade einen ganz besonderen Nachdruck. Der Antrag hat schon einmal, und zwar am 19. März vorigen Jahres, dem Reichstage vorgelegen, wenn auch nur in Beziehung auf den Herrn Abgeordneten Bebel, und es ist vielleicht gut, wenn ich ganz kurz das zusammenfasse, was damals in dieser Angelegenheit gesagt worden ist.

Zunächst hat der Abgeordnete Schrapz dargelegt, daß kein rechtliches Bedenken vorliege, das den Reichstag hindern könnte, die Reclamation eines gefangenen Abgeordneten zu vollziehen. Er ist dann auch eingegangen auf die Tendenz, welche die Beurteilung der Abgeordneten Bebel und Liebknecht herbeiführt hat, er hat diesen Prozeß als einen Tendenzprozeß bezeichnet und ein wenig günstiges Urtheil gefällt über die Unabhängigkeit der sächsischen Richter. Darauf haben die Herren Günther und Ademann aus Sachsen einen Hymnus auf die Unabhängigkeit der sächsischen Richter angestimmt, welchem wir nach den reichen Erfahrungen, die wir in dieser Beziehung haben, durchaus nicht zustimmen können. Der Herr Abgeordnete Kannegießer hat genau das Gegentheil von dem bewiesen, was der Herr Abgeordnete Schrapz behauptet hat — oder er hat es wenigstens zu beweisen gesucht. (Heiterkeit.)

Er hat gemeint, und insbesondere sich darauf gestützt, daß das Wort „Strafverfahren“ gleichbedeutend sei mit Untersuchungsverfahren, daß also die Strafvollstreckung in dem Strafverfahren nicht mit eingeschlossen sei, und daß deshalb der Reichstag kein Recht habe, einen in Strafhaft befindlichen Abgeordneten zu reklamiren. Der Herr Abgeordnete von Mallinrodt hat erklärt, es thue ihm sehr leid, er sähe den Herrn Bebel sehr gern in diesem Saale; aber die rechtlichen Bedenken, welche dem entgegenständen, wären zu stark, als daß er einem solchen Antrage sich anschließen könnte. Ich hoffe, daß der Herr Abgeordnete von Mallinrodt seine Ansicht mittlerweile geändert hat, wozu vielleicht die Schwere der Thatsachen auch Einiges beigetragen haben könnte. Der famose Kulturkampf, der da in Scene gespielt worden ist, und

von dem ich meine, daß er gerade von Seiten der Regierung in sehr unkultivirter Weise geführt wird, könnte wohl dazu beigetragen haben, den Herren vom Centrum die Sache so nahe zu legen, daß sie es sich noch einmal überlegen werden, wie sie sich einem solchen Antrage gegenüber zu verhalten haben. Endlich hat der Abgeordnete Bausch meiner Ansicht nach in sehr überzeugender Weise dargelegt, daß ein solcher Beschluß recht wohl gefaßt werden könnte, und darauf hin, meine Herren, hat zum Schluß der Abg. Sonnemann ebenfalls für den Antrag gesprochen.

Für mich zerfällt die vorliegende Frage, meine Herren, in drei Theile. Ich fasse ebenfalls, wie das hauptsächlich bei der vorigen Verhandlung der Fall gewesen ist, die rechtliche Frage zunächst ins Auge, und habe mich zunächst darum gekümmert, wie der § 31 der Verfassung eigentlich entstanden ist. Da bin ich zu anderen Resultaten gekommen, als die waren, welche in der Verhandlung am 19. März vorigen Jahres hervorgetreten sind. Es handelte sich beim Entstehen des § 31 der Verfassung um zwei Anträge, über die abzustimmen war, um den Antrag Ausfeld und den Antrag des Herrn Dr. Lette, und da hat in Verteidigung seines Antrages der Herr Dr. Lette Folgendes gesagt:

„Es sind vorzugsweise drei Unterschiede (zwischen diesen beiden Anträgen). Mein Amendement, was sich doch, wie gesagt, lediglich an die preussische Verfassung genau anschließt und nur den Artikel 84 der preussischen Verfassung reasumirt, will auch dann die Befugniß eintreten lassen, ein Mitglied von der Verhaftung zu befreien, wenn es sich lediglich um eine Civilhaft, um Privat-schulden handelt, während das Amendement Ausfeld das Privilegium, wenn ich mich so aus-rücken darf, nur auf Verbrecher, also auf die Verhaftung in Kriminalfällen bezieht. Die zweite Differenz ist die: mein Amendement in Uebereinstimmung mit der preussischen Verfassung beschränkt — ich will mich des Ausdrucks vorerst bedienen — das Privilegium des Reichstags auf die Zeit der Wahl und Eröffnung des Reichstags, also auch auf die Untersuchungshaft und Kriminalhaft, die in dieser Zeit zwischen der Wahl und Eröffnung des Reichstags verhängt worden ist. Und endlich der dritte Unterschied ist der, daß ich, nach der preussischen Verfassung, wenn ein Verbrechen begangen ist, nicht bloß die Verhaftung in flagranti, also unmittelbar nach der That, sondern auch am nächsten Tage gestatten und hierzu den Gerichten die Befugniß zur Verhaftung nicht entziehen will, während das Amendement Ausfeld nur dann, wenn die Verhaftung in flagranti geschieht, die Befugniß der Gerichte nicht beschränken will.“

Das sind die drei Punkte, welche Herr Dr. Lette angeführt hat als unterscheidend zwischen seinem Antrage und dem des Herrn Ausfeld und Genossen. Daraus ergibt sich, daß die Frage, welche jetzt in diese Verfassungsbestimmung, in den § 31 hineingetragen wird, bei Schaffung derselben gar nicht verhandelt worden ist. Von beiden Seiten, welche Anträge gestellt hatten, ist man von der Ansicht ausgegangen, daß unter allen Umständen, auch dann, wenn Strafhaft vorliege, eine Freilassung geschehen könne. Wenn dies nicht so wäre, dann würde ja der Herr Dr. Lette den Antrag von Ausfeld, welcher allerdings das Wort „Strafverfahren“ gar nicht hat, sondern einfach von Haft spricht, auch nach dieser Richtung hin bekämpfen haben. Nun geben Sie ja wohl vielmehr als ich auf Autoritäten; solche sind bei den ersten Verhandlungen auch richtig angeführt worden, und ich theile Ihnen deshalb mit, was in dem Handbuch des Staatsrechts von Dr. Böppel steht. Da heißt es:

„Witunter ist dem Landtage oder den Kammern das Recht beigelegt, die Aufhebung einer bereits vor Eröffnung des Landtages oder auch in Folge der Ergreifung auf freier That gegen ein Ständemitglied begonnenen Untersuchung oder bereits verhängten Haft für die Dauer der Sitzungsperiode zu verlängern.“

Und hierbei führt Böppel in einer Note den § 84 der preussischen Verfassung an, der als § 31 in die Verfassung des Reichs übergegangen ist.

Aus allem dem scheint mir hervorzugehen, daß, was die rechtliche Seite der Frage betrifft, bei dem Entstehen des Gesetzes keineswegs die Ansichten von heute vorherrschten, daß man damals das hat hineinlegen wollen, was man jetzt vielfach nachträglich hineinlegt. Die Gründe sind also nicht stichhaltig, aus denen die Herren sagen: wir wollten recht gern die Freilassung verlangen, wenn uns nur die Verfassung nicht hinderte. Außerdem scheint es mir, daß, wenn man einen Schulden fragt, was er sich unter dem Worte Strafverfahren denkt, wenn man von ihm die wörtliche Auslegung haben will, er wahrscheinlich sagen würde: ein Verfahren, das strafend sich vollzieht; das liegt ja doch in dem Worte. Es mag nun sein, daß die Juristen darüber allerdings anderer Meinung sind, indessen, meine Herren, glücklicher Weise werden die Verfassungen nicht lediglich von Juristen gemacht, und auch nicht lediglich für Juristen, sonst würden sie wahrscheinlich ganz anders beschaffen sein. Es kommt also auch darauf an, und vorzugsweise darauf an, was das Volk sich unter Strafverfahren denkt, wie es diesen Paragraphen ansetzt, und nicht bloß, wie ihn die Juristen sich auslegen. Und das Volk, meine Herren, legt allerdings das Wort „Strafverfahren“ dahin aus, daß die Strafhaft in dem Strafverfahren mit inbegriffen ist.

Nach allem dem scheint es mir, daß es ganz zweifellos in der Macht des Reichstages gelegen und die Reclamation gefangener Abgeordneten zu vollziehen ist, daß ein rechtliches Bedenken im § 31 der Verfassungsgarantie keineswegs zu finden ist. Außerdem, wenn Ihnen das als von einem Laien ausgehend wenig Respekt

einflößt, so lasse ich mir das gern gefallen, denn es giebt ja auch eine Anzahl Juristen — es werden sich deren auch in diesem Hause finden —, welche, wenn sie meiner Ansicht auch nicht ganz zustimmen, so doch wenigstens eine ähnliche Ansicht haben und den § 31 in dem Sinne auslegen, daß eine Reclamation von Abgeordneten in der von uns beantragten Weise erfolgen kann. (Schluß folgt.)

Ein neuer „Communist“.

(Schluß.)

Der in dieser Weise vollzogene Bruch mit allen bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen erstreckt sich natürlich auch auf die Religion. Er weist das Falsche und Naturwidrige der Religion für den Sozialismus nach und wir möchten wünschen, daß namentlich der Theil unserer Partei, der den deutsch-katholischen und freireligiösen Gemeinden, die weder Fisch noch Fleisch sind, glaubt Vorschub leisten zu müssen, das betreffende Kapitel studire. Sämmtliche hier hervorgehobene Punkte begründet Hr. Dühring meist mit großer Schärfe.

Interessant ist auch sein Urtheil über die modernen sozialistischen Parteien. Den träumerischen oder kleinbürgerlichen Sozialismus, wie ihn St. Simon, Fourier, Proudhon und Andere lehrten, behandelt er nur nebenbei, als ernsthaft nicht in Betracht kommend, dagegen beleuchtet er das System Louis Blancs, Puffenbergs und den internationalen Sozialismus, wie er in Deutschland durch die sozialdemokratische Arbeiterpartei vertreten wird. Den internationalen Sozialismus bezeichnet Hr. Dr. Dühring als den weitgehendsten und konsequentesten.

Daß ein Mann mit solchen Anschauungen auch vollständig unsere Ansichten über den Werth des heutigen Staats, das Wesen des Parlamentarismus, den Parteicharakter der Staatsgewalt, die Pariser Commune u. s. w. theilt, bedarf keiner weiteren Versicherung.

Dagegen sind es einige, allerdings untergeordnete Punkte, in denen wir uns in Meinungsverschiedenheit mit dem Herrn Verfasser befinden. Hierher rechnen wir in erster Linie die zu geringe Bedeutung, die er den internationalen Bestrebungen der Bewegung beilegt und die geringe Hoffnung, die er für eine möglichst gleichzeitige Durchführung der sozialistischen Ideen in den vorgeschrittensten Culturländern hegt. Er äußert sich hierüber wörtlich: „Obwohl der Internationalismus glaubt, die sozial-ökonomischen Reformen nicht anders als gleichzeitig in allen Hauptculturstaaen in Angriff nehmen zu können, so dürfte dennoch die entgegengesetzte Voraussetzung eines der wichtigsten Gesetze geschichtlicher Gestaltungen für sich haben. Derjenige Staat, dessen wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entwicklung den Uebergang zu einer besseren Sozialverfassung am meisten geahnet hat, wird eher als die andere eine Umgestaltung erfahren und diese letztere wird fremden Zuständen gegenüber in irgend einer Form geschützt werden müssen.“ Ohne den gleichzeitigen Uebergang der heutigen Staaten in sozialistische Staatsweisen absolut behaupten zu wollen, beweisen gerade die Ausführungen Dührings die Nothwendigkeit einer solchen möglichst gleichzeitigen Reform. Unsere vorgeschrittensten europäischen Culturstaaten: England, Frankreich, Deutschland und die kleineren, wie Belgien, Holland und die Schweiz, befinden sich auf einer ziemlich gleichen Entwicklungsstufe, und wenn auch zugegeben werden muß, daß England von allen das am weitesten ökonomisch und politisch vorgeschrittene Land ist, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß der zwar jähe aber langsam fortschreitende Charakter der englischen Arbeiterklasse, trotz besserer Organisation, weniger zu sozialistischen Reformen geneigt ist, wie der französische oder deutsche. Was der gesellschaftlichen Entwicklung der beiden letzteren Völker gegenüber England noch abgeht, dürfte der Volkscharakter und die prinzipiellere Vertiefung der Bewegung ersetzen. Ein von den übrigen Staaten sich abschließender oder sich wirksam schützendem sozialistischer Staat ist aber rein undenkbar und zwar nicht, weil die Nachbarstaaten einen korrumpirenden Einfluß auf seine inneren Einrichtungen, wie Hr. Dühring fürchtet, ausüben, sondern weil umgekehrt alle übrigen Staaten in diesem ein böses Beispiel und eine Quelle der Unruhen für ihre eigenen Zustände erblicken, ihn als ihren Todfeind betrachten und sich zu seiner Vernichtung auf Leben und Tod verschwören. Die Pariser Commune hat uns das Bild im Kleinen gezeigt. Indem also die Internationale auf eine gleichmäßige Entwicklung in allen Culturstaaten hinarbeitet, ist sie für die Bewirkung ihrer Prinzipien in eminent praktischem Sinne thätig. Die maßlosen Verfolgungen, die sie zu erleiden hat, beweisen denn auch, daß ihre Gegner dieses Bestreben zu würdigen wissen.

Auch müssen wir uns verwahren gegen ein Urtheil, welches Hr. Dühring auf Seite 379 seines Buches über Karl Marx fällt. Daß Marx in seinen kritischen Untersuchungen über die Natur der Kapitalen — nirgend zu dem gelangt, was positiv zu thun sei, was die Bezeichnung „erster Band“ schon erklären sollte, veranlaßt ihn zu der Bemerkung, daß Marx „selbst erst im Laufe der Entwicklung der Agitationen dieses Instituts (der Internationalen) durch praktische Bedürfnisse dazu gedrängt worden sei, das zu ergänzen, was seinen wissenschaftlichen Publikationen abgegangen war.“ Es ist offenbar, daß Hr. Dühring die frühere literarische und agitatorische Thätigkeit von Karl Marx vor Gründung der Internationalen nicht kennt, sonst würde er nicht so urtheilen. Wir unsererseits waren beim Lesen des Dühringschen Buches häufig zu glauben geneigt, daß ihm z. B. das communistische Manifest von Karl Marx bekannt sei, weil wir zahlreiche Anklänge an dieses in seinem

Buche fanden. Die citirte Stelle über Marx belehrt uns, daß dem nicht so ist. Um so interessanter wird es für den Verfasser sein, wenn er nachträglich das communistische Manifest, das im dritten Heft des „Leipziger Hochverrathsprozesses“ zu finden ist, studirt; er wird dann finden, daß alle Forderungen, welche er in der „sozialistischen“ Gesellschaftsorganisation sich verwirklicht denkt, in dem schon vor der Februarrevolution veröffentlichten Manifest von Marx klar und scharf formulirt sind, sein Urtheil über Karl Marx also ein ungerechtes ist.

Es ist interessant, zu beobachten, wie ein Mann wie Dühring, der, nachdem er lange Jahre andere Ansichten vertreten, schließlich mit den weitgehendsten Sozialisten in den Zielen vollständig übereinstimmt. Ein neuer Beweis, daß bei gewissenhafter Prüfung der gesellschaftlichen Zustände jeder ehrliche Mann zum Sozialismus, als der einzigen Rettung, geführt wird.

Herr Dühring betont noch den Mangel eines vollständig klaren Systems des vorgeschrittensten Sozialismus, obgleich er darin kein Uebel sieht, da die Partei durch die Erfahrung auf den richtigen Weg geführt werde. Der Mangel eines solchen Systems, respektive radikalen Programms, ist kein Mangel an Einsicht, wie Herr Dühring glaubt, sondern nur eine Frage der Praxis. Eine Agitations- und Kampfpartei wird seitens der Staatsgewalt anders behandelt, wie ein wissenschaftliches Buch. Das Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei beispielsweise ist anerkanntermaßen sehr lässig, hat aber doch zum Leipziger Hochverrathsprozess und zahlreichen anderen Verfolgungen geführt. Man kann nicht immer den besten, man muß oft nur den möglichen Weg wählen.

Diese unsere Einwendungen gegen das Dühring'sche Werk treffen dasselbe nicht in seinen Grundanschauungen, diese sind vortrefflich und finden unsern vollen Beifall, so daß wir nicht anstehen, zu erklären, daß nach Marx' „Kapital“ Dühring's neuestes Werk zu dem Besten gehört, was auf ökonomischem Gebiete die neueste Zeit hervorgebracht hat, und können darum das Studium des Buchs nur dringend empfehlen.

Politische Uebersicht.

— „Vaterlandsdank“. Wir lesen in verschiedenen Blättern: „Als Gegenlag zu den Millionen betragenden Dotationen der Generale geschickte bei armen verwundeten Soldaten die Verabreichung der Pensionen in der rigorosesten Weise. Ein Soldat des 9. bayr. Jägerbataillons — dessen Brust das Militärverdienstkreuz ziert — wurde in dem Gefechte bei Orleans schwer verwundet, so daß ihm der mittlere Finger amputirt werden mußte. Die ihm anfänglich gewährte Pension von 12 fl. ist bei der definitiven Festsetzung jetzt auf 8 fl. herabgesetzt. Als Grund für diese Maßregel wurde angegeben, daß man an der durchschossenen, verkrüppelten und halb gelähmten Hand einige Schwielen bemerkte, der Mann also noch mit dem Rechen und Dreschflegel arbeiten könne!“

Wer also mit „Rechen und Dreschflegel“ arbeiten kann, braucht keine Pension! Dazu wäre doch sicherlich auch der baumlange, siebenfüßige Mantuffel gut und hätte also keine Dotationen nöthig. Auch Herr von Bismarck soll ja ein sehr kräftiger Mann sein. Wie hübsch, wenn er sich sein Lauenburg mit Rechen und Dreschflegel, statt mit diplomatischen Ohrenbläsern verdienen könnte!

Die „Patrioten“, welche durch Obiges noch nicht vom Schlachtrauch ernüchert sind, möge eine andere Thatfache, welche die „Nordhäuser Zig.“ erzählt, halbwegs zur Vernunft bringen und vom Bahn des schönen Soldatenlebens kuriren. Das genannte Blatt schreibt:

„Der Rekrut Helm, aus Weisdorf gebürtig, wurde angeblich wegen Nachlässigkeit im Dienst, Mißproprete ic. von dem Wachtmeister H. und Sergeanten L. mehrfach mit Schlägen, Ohrfeigen und gemeinen Schimpfreden regaliert und hatte sich in Folge dieser schlechten Behandlung vom Dienste entfernt und versteckt gehalten, bis ihn der Hunger nöthigte, wieder zu erscheinen. Er wurde deshalb mit stüßigem Arrest bestraft, wobei die empörendsten Behandlungen seiner Borgesehten wiederholt wurden. Bald darauf hatten den H. die unerträglichsten Mißhandlungen wieder veranlaßt, das Weite zu suchen, weil ihm eine tüchtige Tracht Prügel abends beim Abfüttern vom Sergeanten L. zutheil wurde, der H. entgehen wollte. Er ging nach Weisdorf, aber nicht zu seinem Vater, sondern hielt sich versteckt. Das Regimentcommando hat nun Nachforschung gehalten bei der Polizeiverwaltung in Weisdorf über den Verbleib des H. Diese wandte sich an den Vater; der aber wußte nicht, wo sich sein Sohn aufhielt. Endlich erfuhr er den Aufenthaltsort des Sohnes und zugleich auch dessen nicht würdige Behandlung seitens der Borgesehten. H. wurde nach hier abgeführt und beigesteckt. Sein Vater reichte inzwischen Klage beim Regimentcommando in Halberstadt ein. Der Wachtmeister hatte den H. mittags beim Rapport sämtlicher Unteroffiziere in deren Gegenwart, weil jener auf eine barsche Frage keine genügende Antwort gab, mit geballter Faust ins Gesicht geschlagen, daß Blut aus Mund und Nase floß. Als H. sich das Blut abwischen wollte, fuhr ihn der Wachtmeister an: „Verfluchter Hund, still gestanden!“ Der arme Mensch wußte nun das Blut in strammdienstlicher Stellung über sein Koller fließen lassen. Beim Reiten in der Bahn hat der Sergeant Sch. den H. vom Pferde gerissen, daß der Satteltgurt geplatzt, und den Curastieren den Befehl erteilt, dem H. ins Gesicht zu speien. Einer aber, der Curastier Lehmann, weigerte sich dessen, indem er sagte, sein Camerad habe ihm nichts zu Leide gethan und er könne ihm diesen Schimpf nicht antun. Hierauf wurde der L. von dem Sergeanten Sch. so lange mit der Bahnhupe gepeitscht, bis er dem Befehl Folge geleistet hatte. — Ein anderes Mal hat der Wachtmeister H. beim Appell den H., weil ihm dessen Sporen nicht blank genug erschienen, mit der Faust an die Ohren geschlagen, daß Jener sich kaum aufrecht erhalten konnte. Ein Anonymus hatte nun dem Vater die näheren Details der Mißhandlungen seines Sohnes mitgetheilt und einige Zeugen, auch den Quartiermeister Köhl, angegeben. Auf Grund dieser Angabe und Zeugnisse konnte der Vater des H. mit Erfolg seine Klage erheben, weil ihm seine erste Klageschrift wegen mangelnder Beweise vom Regimentcommando wieder zurückgeschickt worden war. Jetzt natürlich ist eine Wendung in der Sache eingetreten und wird hoffentlich einmal etwas geschehen, um dieser unwürdigen Behandlung der Soldaten, die doch unsere Söhne und Brüder sind, ein Ende zu machen. Nachdem nun die Untersuchung von Seite des Divisionscommando's geschehen, hat inzwischen der Wachtmeister H. die beiden Rekruten Schmidt und Krüger zu bereuen gewußt, daß sie wesentlich falsche Aussagen zu seinen Gunsten machen sollten, was auch geschehen. Ihr Gewissen hat sie aber getrieben, ihre falschen Aussagen zu widerrufen, wobei sie anführten, daß sie dazu verleitet worden wären. Sie befinden sich befehlungsgeachtet seit 6 Tagen in Arrest und sind heute

nach Magdeburg transportirt worden. Man glaubt, daß der Graf von der Asseburg-Falkenstein auf Weisdorf sich des Mißhandelnden angenommen und direkt an den Kriegsminister einen Bericht über diese Vorfälle eingereicht habe. Es darf also erwartet werden, daß eine strengere Untersuchung stattfinden wird.“

Wir haben hier Nichts hinzuzufügen, als darauf aufmerksam zu machen, daß erst auf „gräßliche“ Verwundung die Untersuchung erfolgen soll. Da wird wohl der Ausgang auch „gräßlich“ sein!

— Eine Volksversammlung zu München, in welcher Geiser, der Redakteur des „Zeitgeist“, referirte, hat folgenden Organisationsplan angenommen:

§ 1. Das arbeitende Volk Münchens organisiert sich zum Zwecke statistischer Erhebungen über Nachfrage und Angebot von Arbeitskräften, über Forderungen der Löhne, über die Gesundheits- und Wohnungsverhältnisse des Volkes und zum Zwecke möglicher Förderung der politischen Bildung der Arbeiter Münchens.

§ 2. Mitglied kann jeder im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindliche Mann sein.

§ 3. Um die in § 1 angeführten Zwecke zu erreichen, errichtet die Gesamtorganisation in den einzelnen Stadttheilen sogenannte Vesehallen.

§ 4. Die Leitung der Gesamtorganisation ist dem Organisationscomité übertragen, welches aus sieben Mitgliedern besteht und alle halbe Jahre von einer Generalversammlung der Mitglieder der Organisation gewählt wird.

§ 5. Das Organisationscomité ernannt für jede Vesehalle einen Vertrauensmann auf die Dauer von einem halben Jahre.

§ 6. Die Beschlüsse des Organisationscomités können nur durch eine Generalversammlung abgeändert oder aufgehoben werden.

§ 7. Die Generalversammlung findet den ersten Montag jeden Monats statt und wird von dem Organisationscomité einberufen. Außerordentliche Generalversammlungen müssen auf Antrag von wenigstens fünfzig Mitgliedern innerhalb 14 Tagen nach Eingang des betreffenden Antrags vom Organisationscomité abgehalten werden.

§ 8. Jedes Mitglied zahlt 2 Sgr. Eintrittsgeld, sowie einen monatlichen Beitrag von 1 Sgr. zur Anschaffung von Büchern, Journalen und sonstigen Bildungsmitteln.

§ 9. Die Generalversammlung wählt einen Cassirer und drei Controlleure auf die Dauer eines halben Jahres.

§ 10. In jeder ordentlichen Generalversammlung ist von dem Cassirer und den Controlleuren Abrechnung vorzulegen.

§ 11. Im Falle der Auflösung der Organisation fällt das vorhandene Vermögen den Mitgliedern zu gleichen Theilen zu.

§ 12. Die Abänderung der Statuten kann nur durch eine ordentliche Generalversammlung geschehen.

§ 13. Bei allen Beschlüssen der Generalversammlung entscheidet die einfache Majorität.

Wie der „Zeitgeist“ mittheilt, sind bereits zwei Vesehallen errichtet worden.

— In Neupest in Ungarn ist dieser Tage Blut geflossen, Blut, das über das Haupt des Exekutors kommt, desselben Beamten, der im deutschen Reich den „Culturkampf“ führen muß. Ein Staatsbürger hatte 42 fl. Steuern zu zahlen. Er zahlte 40 davon mit der Bitte, die 2 übrigen den anderen Tag zahlen zu dürfen. Aber der Neupester Exekutor scheint von dem preussischen etwas gelernt zu haben. Wenn in Betrach eines Hirten die Pöhlhofen, sein einzig „Hab und Gut“, gepfändet werden, mag er gedacht haben, so muß auch ich die 2 fl. herauspressen. Die Pfändung begann. Der glückliche Staatsbürger widersetzt sich, wird gefesselt und ins Loch gesteckt, wo er eine Stunde später todt gefunden wird. Er soll sich erhängt haben — mit gebundenen Händen? Das Volk wird wüthend. Der Exekutor pfändet noch einer Wöchnerin das Bett unter dem Leibe weg — da fählt der „Pöbel“ endlich menschlich, man stürmt das Gemeindehaus, zertrümmert dessen Fenster und erianert sich daran, daß der Richter des Orts ein Wucherer und Pfandleiher ist. Endlich treten dem Volk Panduren gegenüber, sie schießen scharf aus dem Gemeindegause und treffen zuerst — eine alte Frau, dann einige Arbeiter. Es gibt Todte und Verwundete. Die Menge stürmt das Gebäude und einem Panduren capitän wird der Kopf gespalten; endlich rückt Militär an und rttet den Staat. Das Gemeindehaus steht in Flammen. Nun werden natürlich massenweis Verhaftungen vorgenommen. Die „Arbeiterwochenzeitung“, das Organ der ungarländischen Arbeiterpartei, bemerkt zu dieser Greuelthat:

„Ganz anders würde es gewesen sein, wenn die Vereinigungen der Arbeiter nicht mit allen Mitteln hintangehalten würden und dieselben einer Organisation angehörten — denn es hätte bloß einsehr sich selbst bewußter Arbeiter bedurft, um der Menge ein „Bis hier und nicht weiter“ zu gebieten, und würde dieserart solch trauriger Ausgang erspart geblieben sein. So aber mußte sich jeder unserer Arbeiter vom Schauplatze fernhalten, um nicht vielleicht noch der Theilnahme geziehen zu werden.“

Und so sehen wir die Menge einem unbekanntem Menschen, einem Zigeuner folgen und sich zur schredlichen Selbsthilfe hinreißen lassen, welcher leider, wie gewöhnlich, Unschuldige zum Opfer fielen.

Aufgabe der Competenten muß es sein, die Wiederholung solcher Vorkommnisse unmöglich zu machen, welches aber nie und nimmer mit Pulver erreicht wird, sondern nur einzig und allein durch Respektirung der Gesetze von Seiten des Beamten sowohl, wie des Staatsbürgers.

Es muß aufhören, daß eine Chilane oder Bedanten eines Beamten hinreicht, die durch die Gesetze garantierte Versammlungsfreiheit eines Bürgers zu beschränken. — „Bildung“ für das Volk! Doch hierzu muß die volle Vereinsfreiheit gewährt werden.

Denn wie kann man anders das Proletariat für die Bildung gewinnen, — als man muß in ihm ein höheres Streben wachrufen, ihm eine würdigere Stellung in der Gesellschaft einräumen, in ihm die Selbstachtung wecken — und nur dieserart wird man Wiederholungen unmöglich machen.

Schließlich muß die Verächtlichmachung der Arbeiter verstummen, welche bei jeder Gelegenheit als „Nordbrenner“, „Gesinde“, von der anständigen (!) Presse bezeichnet zu werden die Ehre haben — denn steht auf die Grundursache behandelten Falles, und wenn Euch noch eine Scham übrig geblieben ist, so muß sie Euch das Blut in die Wangen treiben.

Darum laßt die Arbeiter in Vereinen sich organisiren, die wider den Leidenchaften werden schwinden, sie werden allensällige Vorkommlichkeiten in anständiger Form behandeln und dieserart wird sich die bei uns so im Armen liegende Bildung zum Nutzen und Frommen der Allgemeinheit endlich Bahn brechen — und die Droise der Vorkämpfer „Im Streben zur edelsten Menschen-

bildung das höchste Glück zu erreichen!“ wird in Fleisch und Blut übergehen.“

Das mag sich nicht nur die Bourgeoisie und Bureaucratie Ungarns merken; auch bei uns in Deutschland liegen die Verhältnisse so. Auch wir haben unsere Cravalle mit blutigem Ausgang; auch wir haben unsere gefesoverlegenden und gefesunsaundigen Beamten; auch bei uns bezeichnet man die Arbeiter als „Gesinde“. Und auch bei uns fällt diese Beschimpfung auf ihre Kneher zurück.

— „Castelars Republik“. In dem letzten spanischen Ministerrathe, der vor der Abreise Serrano's zur Armee statthatte, gab dieser Staatsstreichheld folgende charakteristische Erklärung ab: Ich nehme nur (!) den Titel eines Präsidenten der republikanischen Bollzugsgewalt an (nicht den eines Diktators, oder Kaisers). Ich habe Senor Castelar verprochen die Republik zu erhalten. Castelar hat Ordnung geschaffen. Es ist Castelar's Republik, an deren Spitze ich stehe“. Allerdings ist es „Castelar's Republik“, d. h. die von Castelar so auf den Hund gebrachte Republik, daß sie dem militärischen Abenteuerer und monarchischen Verschwörer Serrano auf Gnade und Ungnade überliefert ist. Dieses Lob aus Serrano's Mund fehlte noch, um Castelar's Ruhm zu vollenden. —

— Der verantwortliche Redakteur der „Chemnitzer freien Presse“, Ferdinand Ritsch, ist von der Staatsanwaltschaft verhaftet, am nächsten Tage aber wieder freigelassen worden. Der Grund dieser plötzlichen Verabreichung von „Staatsküße“ war eine angebliche Beleidigung des bekannten Schwurgerichtspräsidenten von Rade, die in einem aus dem „Dresdner Volksboten“ abgedruckten Artikel enthalten sein soll.

— Der Redakteur des „Braunschweiger Volksfreund“ S. K. Kostk, wurde vom Kreisgerichte wegen angeblicher Beleidigung des Banquiers Alexander Weiß in Hannover zu 50 Tglr. Geldstrafe verurtheilt.

Endlich. Wie wir aus der „Volkszeitung“ vom 14. v. Mts. ersahen, figurirt der „berühmte Republikaner“ Karl Blind nun glücklich als Mitarbeiter der Dresdener „Presse“. Die Dresdener „Presse“ ist ein der offenlandigsten und frechsten Organe des Berliner Reptilienfonds. So hätte sich also Bismarck des so lang kaltgestellten Staatswastweibs endlich erbarmt, und es auch gleich an passendem Ort untergebracht. —

— Im „Volkswille“ erklärt Herr Oberwinder, daß er auf dem „Concordia-Balle“ zu Wien nur „für die Interessen der Arbeiter“ gewordet habe. Wir unterlassen es, uns darüber weiter zu verbreiten und erinnern nur daran, daß ja auch deutsche Reichstagsabgeordnete auf den Soireen Bismarck's für „das Wohl des Volkes“ wirkten. Weit wichtiger als die Erklärung Oberwinders, deren platte Sophistik darauf berechnet ist, neue Gimpel zu fangen und die schon gefangenen festzuhalten, ist uns der Verlauf des Prozesses, welchen Oberwinder gegen Andreas Scheu angestrengt hat. Durch einen Artikel der „Gleichheit“, in welchem Oberwinder der Verurteilung der „Volkswille“-Belder angeheuligt war, fühlte sich dieser beleidigt und erhob Ehrenbeleidigungsklage. Scheu hatte erklärt: „Wenn ich meine Behauptungen nicht beweisen kann, bin ich ein Elender, der vom Boden der Arbeiterbewegung auf immer verschwinden muß.“ Diese Worte druckte Herr Oberwinder im „Volkswille“ — an welchen er stets nur „Zuschriften“ richtet, obshon er der Redacteur desselben ist — ab und bemerkte großsprecherisch, daß er Scheu verklagt habe. Die mehrtägige Verhandlung, bei welcher Scheu sich selbst vertheidigte, ergab das Resultat, welches wir in der neuesten Nummer der „Lagedresse“ finden:

„Wiener-Neustadt, 14. März. In dem Ehrenbeleidigungsprozesse des Arbeiterführers Oberwinder gegen Scheu schalteten heute die Geschworenen das Verdict. Die Geschworenen verneinten einstimmig die Schuldfrage und auf Grund dessen wurde Scheu nichtschuldig gesprochen. Dieses Verdict erregt hier große Sensation. Der Vertreter Oberwinders, Dr. Grünwald, hat die Nichtigkeitsbeschwerde gegen das Verdict angemeldet.“

Die Nichtigkeitsbeschwerde kann selbstverständlich sich nur auf Formfehler stützen.

Warten wir ab, was die österreichischen Arbeiterblätter über den Ausgang des Prozesses sagen werden.

Zur Agitation.

Die physischen und materiellen Anstrengungen, welche die Bahnen den Parteigenossen verursacht, haben, wie vorausgesehen war, eine Pause in der Agitation herbeigeführt. Aber diese Pause muß ihre Grenze haben, die Erfolge und Verbindungen, welche durch diese Bahlagitation gewonnen wurden, müssen gründlich ausgenutzt und überall da, wo es noch nicht geschehen ist, Parteimitgliedschaften begründet und namentlich auch Abonnenten für die Parteioorgane gewonnen werden.

In Bezug auf letztere ist daran zu erinnern, daß ein neuer Quartalswechsel vor der Thüre steht, also diese günstige Gelegenheit gründlich ausgenutzt werden muß. So oft es auch schon gesagt worden ist, es kann nicht oft genug wiederholt werden: die weiteste Verbreitung der Parteioorgane ist die Grundlage für die Parteiwirklichkeit. Wo sich die Parteioorgane eingeböhrt haben, ist ein Fortdauern des Parteigeistes gar nicht mehr zu denken, vielmehr wird dieser im Vertheil aus dem Inhalt der Parteioorgane stets neue Nahrung empfangen und damit auch das unzerstörbare Fundament der Organisation bilden. Wo, wie auf dem Lande und in kleinen Städten unter dem Druck der Verhältnisse und wegen Mangels an selbstständigen geistigen Kräften eine Organisation zu gründen unmöglich ist, ist die Verbreitung der Parteioorgane um so wichtiger. Bis jetzt ist im Großen und Ganzen seitens der Parteigenossen noch zu wenig Eifer für die Verbreitung der Parteioorgane entwickelt worden. Ihnen Verbreitung zu schaffen, ist zum Abonnement auf sie anzufordern, die Wichtigkeit und Nützlichkeit ihres Studiums im Organen zur gegnerischen Presse darzulegen, muß der stets sich wiederholende Refrain in jeder Versammlung sein. Für die Verbreitung der Parteioorgane kann und muß aber auch jeder Einzelne wirken. Durch das Wort öffentlich zu wirken, ist nicht Jedem gegeben, wohl aber kann Jeder seinen Kollegen, Freund oder Bekannten zum Abonnement bestimmen, indem er bei ihnen durch Zureden und durch Darreichen der geleselesenen Blätter zur Durchdrift Geschmad und Interesse für sie zu erwecken sucht. Wenn es noch eines Sporns für diese Agitation bedürfte, so genügt der Hinweis auf die Angriffe und Bekämpfun-

gen, womit täglich Tausende von gegnerischen Blättern über unsere Bestrebungen herfallen.

Für die Agitation durch Versammlungen ist in der Wahlbezirksabgrenzung eine Eintheilung gegeben, die jedem Orte sozusagen naturgemäß den nächsten Kreis seiner Wirksamkeit zuweist. Unsere Wahlergebnisse würden noch weit bessere gewesen sein, wenn die in diesem Blatte schon früher gegebenen Winke für den Erfolg einer Wahlagitation besser beachtet worden wären. Was nicht geschehen ist, muß für ein zweites Mal nachgeholt werden, was jetzt um so leichter ist, als Anknüpfungspunkte in allen Bezirken, wo die Partei Boden hatte, vorhanden sind. Diese Verbindungen dürfen nicht abgebrochen, sie müssen im Gegentheil befestigt und erweitert werden. Der durch seinen Einfluß und seine geistigen Kräfte bedeutendste Ort eines jeden Bezirks muß die Organisation zunächst in die Hand nehmen, zeitweilig Conferenzen von Vertretern des Bezirks zur Berathung über gemeinschaftliches Vorgehen einberufen, Versammlungen veranstalten und für Vorträge sorgen.

Und hier muß auf einen andern Punkt aufmerksam gemacht werden. Die Sucht, beständig fremde Redner zu hören, die einen bekannten Namen haben, muß aufhören. Daß ein gewandter fremder Redner eine größere Anziehungskraft hat, selbst bei gleich guten oder oft besseren Kräften am Ort, ist eine häufig beobachtete Thatsache, und wenn die Zugkraft auf die außenstehenden Massen dadurch ausgebildet werden soll, so ist an und für sich wenig dagegen einzuwenden. Aber dieses Bestreben darf nicht soweit gehen, wie es hier und da geschieht, daß man sich förmlich darauf stützt, nur fremde Redner in größeren Versammlungen auftreten zu lassen, und stets einen neuen, wobei die Versammlungen zum Schauspiel herabgewürdigt werden.

Die Wahlagitation hat wieder bewiesen, daß die Partei weit mehr Kräfte, befähigt, öffentlich aufzutreten, besitzt, als sie für gewöhnlich selbst annimmt. Es hat sich gezeigt, daß in der Hitze des Kampfes Männer unter uns als brauchbare Redner sich herausgestellt, die bisher vielleicht selbst an ihrer Befähigung zum Redner gezweifelt haben. Auch ohne den „heiligen Geist“, der nach dem Zeugniß der Bibel am Pfingstfest auf die Apostel hernieder geschienen sein und ihnen „feurige Zungen“ gemacht haben soll, hat sich bis jetzt noch stets erwiesen, daß Eifer und Begeisterung für eine Sache selbst sonst ungelente Zungen löst. Was die Agitation im Wahlkampf vollbracht, muß sich auch bei der Agitation außerhalb desselben bewähren, wenn sonst der gute Wille und der Eifer vorhanden ist. Darum kein Befinnen mehr und frisch weiter agitirt. Die Gegner machen verzweifelte Versuche, das verlorene Terrain wieder zu gewinnen; für uns gilt es aber nicht bloß, erobertes Terrain zu behaupten, sondern auch neues zu occupiren. Also an die Arbeit!

Gewerksgenossenschaftliches.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Gotha. Neue Mitgliedschaft in Hürden bei Krumbach i. Bayern. Bev. Sigmund Fischer, Schuhmachermstr.; Mathias Sauerwein, Kassirer; Kaber Busl und A. Wehl, Kontrolleure. In Crimmitschau hat sich gleichfalls eine Mitgliedschaft constituirt. Für das kranke Mitglied in Mannheim gingen ein: Offenbach Thlr. 1 21, Erfurt Thlr. — 17, Koburg Thlr. — 17, Arnstadt Thlr. — 27, Gotha Thlr. — 19 2, Leipzig Thlr. 1 10, Frankfurt a. Main Thlr. 1 5. Dieses Geld ist nach Abzug des Portos dem Verfassenden übermittleit und sagen wir im Namen desselben den Oberrn unsern Dank. In Schweinfurt hat sich die Mitgliedschaft aufgelöst, ohne daß die Beamten desselben trotz mehrfacher brieflicher Aufforderung mit der Hauptkassse, was seit September nicht geschähen, abgerechnet und das vorhandene Material zurückgeliefert hätten. Wie der frühere Bevollmächtigte Kiesel versichert, ist bis Januar am Orte abgerechnet. Warum wird das Geld nicht Material von Mühlfeld Bev. und Cöner Kassirer nicht eingezahlt? Sind Sie gänzlich der Ehre baar? Wenn nicht, thun Sie Ihre Schuldigkeit. Das Material, was ich an Wals nach Kassel sandte, verlangen wir zurück. Auf Verlangen von Parteigenosse Rosenhain in Konstanz sandte ich an Mathias Wunding in Ueberlingen Material. Auch von diesen Gleichgültigen erhalte ich weder Antwort noch Material zurück, eine solche Gesinnungslumperei ist unerhört.

Im Auftrag der Nürnberger Genossen warnen wir hiermit dringend vor Zug nach dort, da ein Streik in Aussicht steht. Daß der Sieg auf unsrer Seite fällt, daran haben die Gewerkschafts- wie Nichtgewerkschafts-Mitglieder gleiches Interesse, und um denselben zu ermöglichen, muß jeder Colleague Nürnberg meiden. Ferner warnen wir schon jetzt unsre Mitglieder, nicht wieder in den früheren Fehler zu verfallen und an 4-5 Orten zugleich zu streiken, wodurch die Kräfte zu sehr vertheilt werden und wir uns nur Niederlagen zuziehen. „Alle Kunst praktischer Erfolge liegt darin, alle Kraft auf einen Punkt zu concentriren.“ (Kassalle) Eine Stadt nach der andern. Da im Gegentheil möchten wir eindringend ersuchen, in diesem ungünstigen Geschäftsjahr jeden Streik zu meiden und immer und immer wieder das Hauptgewicht auf die Organisation, die im schönsten Aufschwunge begriffen ist, zu legen, damit wir später nicht nur Porrbuchsiege erringen, sondern das Ertrugene auch erhalten können. Also vor allem Nürnberg, auch die Gleichgültigen aber, die Ihr noch immer dazu beitrugen, da unsre Mitglieder sich im Kampf befinden, durch Euer taktischer und thallos Verhalten denselben den Sieg zu erschweren, wenn nicht Niederlagen zu bereiten, an den aber mit schweren Opfern honorigen Früchten gern theilnehmen, tretet ein in unsre Gewerkschaft um Eurer eignen Ehre und um Eures eignen Wohlens willen. Ihr fürchtet Euch bisher aus Unkenntniß nur vor Eurer eignen Macht. Euer Beitritt zu unsrer Gewerkschaft wird die Reihen der Gegner lichten. Wenn Ihr nicht wollt, daß Kummer und Sorgen janzlicher und Euer Pooß bleibe, wenn Ihr nicht wollt, daß Ihr und eure Nachkommen grenzenlosem Elend preisgegeben sein sollen, so beistete ein in die Gewerkschaft. Die Gewerkschaft allein ist im Stande, ein erträgliches Pooß zu erringen und zu erhalten.

Auf vielfache Anfragen, warum von uns die Coupons noch nicht verhandelt sind, habe ich zu bemerken, daß nicht wir, sondern diejenigen, welche den Druck besorgen und übernehmen wollten, uns die Schuld tragen, auch wir müssen diese Nachlässigkeit tadeln. Die Bevollmächtigten, welche Coupons von den Reisenden der Reichs- und Metallarbeitergewerkschaft, sowie auch später von unsren Mitgliedern für gezahltes Reisegeld entnehmen, werden ersucht, dieselben sorgfältig aufzubewahren und mit jeder Abrechnung an uns zurückzugeben.

Die Krankentaxe wird vierteljährlich, die Gewerkschaft, wo über neue Mitglieder sind, monatlich mit der Hauptkassse abgerechnet. Bis zum 15. April nicht die Gelder, desgleichen die an den geübene Extrastener für den Todesfall an die Hauptkassse gesandt, zu veröffentlichen. In den Ortsverwaltungen soll und muß diese größte Sparsamkeit walten. Hat Herr J. Leber, Bev. der in Quedlinburg-Gewerkschaft in Halle den letzten Brief erhalten? Für die Verwaltung: W. Bod.

Correspondenzen.

Leipzig, 17. März. Der verantwortliche Redakteur unseres Blattes wurde heute Vormittag auf die Polizei geladen und dort über die Autorität eines Artikels in Nr. 23 des „Volkstaat“ befragt. Der Artikel war „an die Adresse der Staatsanwaltschaft“ gerichtet und betraf die Thatsache, daß der Agent Sparig am Carnevalstage als Caricatur des deutschen Kaisers Theil genommen hat. Gegen diesen Antrag hat der Staatsanwalt zu Borna Strafantrag gestellt.

Wir wunderten uns anfangs nicht wenig über diese „Fügung Gottes“; da uns indessen bekannt wurde, daß der Borna'sche Staatsanwalt deshalb die Sache in die Hände genommen, weil die Leipziger Staatsanwälte in dieser Sache nicht kompetent seien, so fanden wir endlich das Richtige, was bei der geheimnißvollen Art und Weise, wie die sächsische Rechtspraxis ausgeübt wird, nicht gerade leicht ist; wir merkten, daß sich die Leipziger Staatsanwälte beleidigt fühlen.

Wie diese Herren dazu kommen, ist uns unerfindlich. Wir haben niemals an dem amtlichen Eifer derselben gezweifelt und allein daraus könnte sich die Anklage stützen wollen, daß wir die Herren Hoffmann u. Comp. der Pflichtvernachlässigung beschuldigt, weil sie nicht gegen den Agenten Sparig, der doch sicherlich eine Majestätsbeleidigung im strengsten staatsanwaltlichen Sinne begangen, indem er dem deutschen Kaiser in Tracht und Gestalt nachäffte, klagbar geworden sind. Dieser Grund wird indessen hinfällig, wenn die Herren Staatsanwälte bedenken, daß eine gelinde Mahnung noch lange kein Vorwurf der Pflichtvernachlässigung ist.

Wir werden indessen Alles, was in letzter Zeit Seitens der sächsischen Behörden über uns ergangen, nicht so ruhig einstecken, als sich gewisse Herren vielleicht einbilden. Wir werden eine Blumenlese veranstalten und dem Volke einen Einblick in das Getriebe des bürokratischen Apparats in Sachsen gewähren. Wir werden dann wissen, wen wir dem Referendar von Raunhof würdig zur Seite zu stellen haben.

Leipzig, 13. März. Die gestrige „Deutsche Allgemeine Zeitung“ findet sich bemüht, mit hervorgehobenem Druck zu konstatiren, daß aus unsern Bemerkungen über die erste Begegnung zwischen Liebknecht und Bebel, vermittelt durch den Dr. Eras, nicht hervorgehe, daß damals schon Bebel die Ansichten Liebknecht's getheilt habe. Das hat mit unsern Bemerkungen auch nicht gesagt sein sollen und ist nicht gesagt worden. Unser Zweck war, die unwahre Darstellung des Dr. Eras über jenes erste Begegnen der Genannten der Wahrheit gemäß festzustellen; dieser Zweck ist erreicht und damit basta, v. r. Herr Biedermann!

Leipzig, Am 11. Februar hielt Prof. Birnbaum im Saale des Herrn Zahn einen Vortrag über die Zweckmäßigkeit eines Ortsvereins der selbstständigen Handwerker für Leipzig und Umgebung. Prof. Birnbaum begann seinen Vortrag mit der Erklärung, daß er sehr viel verleumdet worden sei und daß er alle Verleumdungen am besten widerlege, wenn er in die Kreise ginge, in denen er verleumdet worden sei und dort seine Anschauungen und Erfahrungen mittheile. Nach dieser eigenhändigen aber wirkungslosen Mohrenwäsche fuhr Prof. Birnbaum fort: Die letzten Wahlen haben uns gezeigt, welchen Werth eine gute Vereinigung besitzt. Die Sozialdemokraten z. B. vor einigen Jahren kaum dem Namen nach bekannt, seien im Stande, im Reichstage als eine selbstständige, wenn auch kleine Fraktion aufzutreten. Dem gegenüber müsse jeder ehrliche Reichsfreund seine ganze Kraft daran setzen, die Sozialdemokraten in ihr voriges Nichts zurückzuwerfen. Man solle sich von der jetzigen Geschäftslage nicht zu viel versprechen, die Arbeiter würden nicht sofort einsichtsvoll werden, sie hätten zu viel Ungehorsamkeit und guten Verdienst geschmeckt, um sich ohne Weiteres eine Lohnreduktion gefallen zu lassen. Es sei eine alte Erfahrung, je besser es dem Menschen gehe, je übermüthiger werde er; dem Uebermuth der Arbeiter sei aber nur zu steuern, wenn sämmtliche Handwerker und Fabrikanten sich vereinigten, wozu er später Vorschläge machen wolle.

Die Arbeiter waren nun abgethan, jetzt galt es, die Kapitalisten herauszustreichen, denn der schlaue Professor merkte, daß sich unter den versammelten Handwerkern Leute befanden, die sehr wohl wußten, daß nicht die Arbeiter, sondern die Kapitalisten die wahren Bedrücker des Handwerkerstandes sind. Dem Kapital, meinte der Herr Professor, sei keine Ausnahmestellung eingeräumt; die Gesetzgebung bedürge Niemand(?) und wenn das Kapital gegenwärtig ein Uebergewicht besitze, so sei dieses Uebergewicht doch nur ein scheinbares, da es die Intelligenz einem Jeden ermöglichen, sich zum Kapitalisten emporzuarbeiten. Die Handwerker sollten sich Organe gründen und durch diese ihre Interessen vertreten. Damit aber die Bäume nicht in den Himmel wachsen, meinte der Herr Professor gleich hinterdrein, daß man einem Bruchtheil des Volkes zu Liebe, die Gesetze nicht einseitig ändern dürfe, und daher müßten einige scheinbar gerechten Wünsche des Handwerkers dem allgemeinen Wohl weichen. Die jetzige Krisis in der Geschäftswelt werde Manches wieder in das gewohnte Geleis bringen; hervorgehoben sei dieselbe durch das unsinnige Gründen und die größtentheils unberechtigten Forderungen der Arbeiter. Wo es Arbeiter gebe, die wie die Steinträger und Schriftsetzer wöchentlich bis 30 Thlr. verdienen, da könne von berechtigten Forderungen nicht mehr die Rede sein.

Nach diesem den Handwerkern vorgemachten „Ranch“ und nachdem der gelehrte Professor einen Hymnus auf das deutsche Reich und dessen „großen“ Finanzminister Camphausen vom Stapel gelassen, gab er seinen Zuhörern den Rath sich international zu organisiren, wie die Arbeiter. Der „Volkstaat“ z. B. enthielte aus allen Theilen der Welt Arbeits- und Lohnberichte, während der Handwerker oft nicht wisse, wie es in seiner nächsten Nähe zugehe. Als ersten praktischen Schritt schlage er die Gründung einer Strike-Versicherungsgesellschaft vor. Ob der Herr Professor Direktor dieser Gesellschaft zu werden wünscht, konnten wir aus seinen weiteren Ausführungen, die in Erläuterungen eines Organisationsplanes bestanden, nicht recht entnehmen. Ganz unbegründet wäre diese Annahme aber nicht, da das Gründen dem Herrn Professor ziemlich geläufig ist.

So wäre denn seitens des Handwerkerstandes ein weiterer Schritt zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung geschehen; warten wir ab, ob er etwas nützen wird. So viel ist aber schon jetzt erwiesen, daß alle Recepte ökonomischer Quacksalber den Zerfall des Handwerkerstandes nicht zu verhindern vermöchten, Schulte'sche Rohstoffe, Consum-, Spar- und Creditvereine oder Birnbaum'sche Strike-Versicherungsgesellschaften — einerlei, der ökonomische Zerlegungsprozeß nimmt seinen ungeführten Verlauf. Der goldene Boden des Handwerks hat sich in ein gähnend Grab verwandelt, das so sicher alles Abgelebte und Ueberlebte in sich aufzunehmen wird als dereinst das Proletariat und in diesem das wahre Menschenthum zum Siege gelangen wird.

Leipzig, 17. März. Der hiesige sozialdemokratische Arbeiter-

verein und die Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins haben gemeinschaftlich eine Märzfeier abzuhalten beschlossen, bei welcher die Abgg. Rost und Haffelmann sprechen sollten. Bevor diese Feier nur angemeldet war, wurde der Vorstand des sozialdemokratischen Arbeitervereins auf die Polizei geladen und ihm eröffnet, daß Rost in Leipzig nicht sprechen dürfe, bei der Strafe sofortiger Verhaftung. Das soll uns wohl deutlich machen, wie sich die Leipziger Polizei die „Unverletzlichkeit“ eines Reichstagsabgeordneten vorstellt? Hat vielleicht Herr Rüder bei der Nachricht von der Entziehung Robert Blum's eine Rede gegen diesen Eingriff in die Volksrechte gehalten? „Motivirt“ wurde dieser famose Ullas durch das Hinzufügen, daß Rost „schon früher“ (1871) aus Leipzig ausgewiesen worden sei. Umsonst machte der Vorstand des sozialdemokratischen Arbeitervereins darauf aufmerksam, daß jene Ausweisung durch das Ministerium wieder aufgehoben worden sei. Die Polizei meinte, man könne ihn ja jetzt wieder ausweisen, durch den § 8 des Freizügigkeitsgesetzes allerdings formell berechtigt ist, nach neuester ministerieller Interpretation. Wir haben also hier wieder einen jener ergötzlichen Akte, an denen die Geschichte der Leipziger Polizei so überreich ist. Zum zweiten Male schon dokumentirt Herr Rüder, daß Rost's Zunge die Existenz des sächsischen Staates in Frage stellt.

Entwischen unsern Dank! Die Sache bringt uns zweifellos einige Dugend neuer Abonnenten und Mitglieder ein. Im Uebrigen sehen wir auf den neuen St. Georg, der mit zwei Federstrichen die Internationale und die sozialdemokratische Arbeiterpartei aus der Welt geschafft zu haben sich einbilden konnte, mit mittheiligem Lächeln wie immer herab!

Berlin, 13. März. Weitans am lebhaftesten haben sich die in den Commissionen gepflogenen Debatten in derjenigen für die Gewerbegesetznovelle gestaltet, weil es hier mehr als anderwärts an dem besänftigenden Einfluß der Regierung fehlt, welchem die weitans größte Zahl der „Volksoeretreter“ in so hohem Grade zugänglich ist. Die verschiedenartigsten Anschauungen stehen sich hier schroff einander gegenüber und man fürchtet von der einen Seite und hofft von der andern, daß deshalb das Gesetz gar nicht zu Stande kommt; befriedigen würde es sicherlich nur wenige Leute, dagegen eine Quelle unabhäbarer Schwierigkeiten und großer Unzufriedenheit unter den Arbeitern sein. Bekanntlich behandelt die Novelle zwei Gegenstände: die Gewerbegerichte und den Contractbruch. Die ersteren sind angenommen worden indem man beschloß, die Zahl der Beisitzer (neben dem aus dem niederen Richterstand entnommenen Vorsitzenden) solle mindestens vier anstatt zwei betragen. Die Beisitzer sollen zwar in der Regel keine Diktien erhalten, doch können durch Ortsstatut Entschädigungen für dieselben festgesetzt werden; ferner wurde beschlossen, die Beisitzer aus Wahlen hervorgehen zu lassen, allein es sollen nur solche Personen wählbar sein, die zwei Jahre an ein und demselben Orte wohnen, wahlberechtigt nur solche, die mindestens ein Jahr festes Domizil haben; die Statuten der Gewerbegerichte sollen durch Gemeindebehörden (die in der Regel aus den Wahlen der besitzenden Klassen hervorgehen!) entworfen und von den höheren Verwaltungsbehörden bestätigt werden; Appellation gegen die Urtheile der Gewerbegerichte, die mit Gründen versehen sein müssen, soll zulässig sein. Das sind allerdings kleine Verbesserungen der Regierungsvorlage, allein die Arbeiter werden in der Hauptsache keinen Vortheil davon haben und damit keineswegs befriedigt werden. Insbesondere ist anzunehmen, daß, da die Beisitzer zur Hälfte Arbeiter, zur Hälfte Arbeitgeber sein müssen, die entscheidende Stimme des Vorsitzenden sich in der Regel zu Gunsten der Interessen der letzteren aussprechen wird. Freilich dürfte dieser Mangel schwer zu umgehen sein, aber es folgt eben daraus, daß die Institution der Gewerbegerichte niemals den beabsichtigten Zweck erfüllen kann, mit andern Worten: es handelt sich hier um ein Stück der großen sozialen Frage, welche man mit so kleinen gesetzgeberischen Maßregeln niemals lösen wird. Für alle angeführten Abänderungen der Regierungsvorlage waren nur sehr geringe Majoritäten zu erzielen und dieser Zwiespalt der Meinungen gestaltete sich bei Berathung des zweiten Theiles des Entwurfs (Contractbruch) dahin, daß es in der Hauptsache bei Aufrechterhaltung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen verblieb; ein Antrag auf Herabminderung der Maximalstrafe von sechs auf drei Monate Gefängniß wegen Gewaltanwendung hinsichtlich des Coalitionsrechtes wurde abgelehnt. Ueber die verschiedenen vorherherrschenden Meinungen haben wir uns schon früher ausgesprochen: Arbeitsbücher und Polizeistrafen, Ausnahmestimmungen für die Arbeiter durch criminelle Bestrafung des Contractbruchs, freie Initiative der Arbeitgeber zum Ausschließen der Arbeiter — das schwirrte bunt durcheinander und die Geister gerieten hart zusammen, um so mehr, als Herr Schulze-Delitzsch den Arbeitgebern mit dem Vorwurfe zu Leibe ging, sie wären energielos, verständen nichts zu schaffen und schrien deshalb nach Staatshilfe. Am schlauesten trat der bekannte Herr Oppenheim auf, der die im Gegentwars abgelehnte Contractbruchbestimmung durch eine Resolution dem deutschen Volke zu erhalten bemüht war, welche den Reichsanwalt ersuchen sollte, den Contractbruch und nebenbei auch die Exekutionshaft gegen Arbeiter in Civilsachen in einem besondern Gesetzentwurf zu behandeln. Der Schlaumeier hatte hierbei ausgesprochener Maßen die Absicht, die schwankenden Elemente im Reichstage zu fangen, von denen er hoffte, sie würden einer solchen Resolution eher zustimmen, als dem vorliegenden Gesetzentwurf; die eines Liberalen würdigen Absichten des Herrn Oppenheim fanden aber in der Commission keinen Anklang. — Der Vertreter der Arbeiter in der Gewerbecommission, der Abgeordnete Motteler, hat sich bei allen diesen Berathungen, zum großen Kerger der Liberalen vollständig passiv verhalten; wir billigen, nachdem wir einigen der Sitzungen beige wohnt haben, diese Haltung vollständig, denn es waltete daselbst ein so entschiedener arbeitserindlicher Geist vor, daß selbst der Fortschrittsmann Ebert, der sich nach seiner Art Mühe gab, im Interesse der Arbeiter zu wirken, in der Regel in einer Weise zurückgewiesen wurde, welche jeden vernünftigen Menschen die Luft vertreiben mußte, an den Berathungen Theil zu nehmen. Das Parlamentiren hat ja für die Sozialisten zweifelsohn: nur den Zweck, wie dies auch oft ausgesprochen worden ist, nach Außen zu wirken, diese Möglichkeit ist bei den Commissionsberathungen ausgeschlossen, die Sozialisten werden sich deshalb auf das Auftreten im Plenum beschränken müssen, wobei sie freilich vollständig von dem guten Willen des Präsidiums und der Schluß beschließenden Majorität abhängig sind.

Die heutige Sitzung der Militärcommission war von besonderer Wichtigkeit, da in derselben über den § 1 der Regierungsvorlage entschieden wurde. Dieser Paragraph, welcher die Präsenzstärke des Heeres, so lange es der Regierung gefällig, auf 401,000 Mann in Friedenszeiten feststellen will, wurde in der Commission mit 24 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Die Vertreter des Centrums hatten die zweijährige Dienstzeit beantragt, doch

stimmen dafür anger ihnen nur die Vertreter der Fortschrittspartei. Die Regierungskommissare stellten keinerlei Concession in Aussicht und betonten, daß die dreijährige Dienstzeit zur tüchtigen Ausbildung des Heeres unerlässlich wäre, besonders im Hinblick auf die einzuführenden neuen Waffen. Wie es heißt, sind die Rationalliberalen bereit, für eine Pauschalsumme von 360,000 Mann zu stimmen. Das Ende vom Liede wird sein, daß sie auch für 390,000 Mann ihr Wort abgeben und dann zum Volke sagen: Bergieb uns, wir können nicht anders, unsere Gedanken sind rein von Conflikt!

Berlin, 16. März. (Zum Reichstag.) Das Impfschutzgesetz wurde heute endgiltig erledigt und im Ganzen nach den früheren Beschlüssen angenommen. Obwohl in letzter Sitzung die Zwangsimpfung gegen Erwachsene mit knapper Majorität abgelehnt worden ist, so wurde heute doch auf Antrag Löwe's beschlossen, daß die in den Einzelstaaten bestehenden Bestimmungen über Zwangsimpfung bei dem Ausbruch einer Pockenepidemie durch das beschlossene Impfschutzgesetz nicht berührt werden sollen.

München, 12. März. Bei dem Strite der Teppichweber haben die „Theeler“, d. h. diejenigen, welche Willens waren, den Lohn noch einmal mit den Arbeitern zu teilen, das Spiel verspielt, indem es ihnen nicht möglich war, den aufgestellten Lohnsatz festzuhalten. Am nachgiebigsten zeigten sich Kühl u. Comp., bei welchen die Arbeiter den alten Lohn wieder erhielten. Und die Sozialdemokraten? Nun die sind nicht verhungert, sie erstreuen sich vielmehr einer gesunden Constitution.

Unterstützung für die Streikenden gingen außer Crimmitschau, Chemnitz und Greiz noch ein: Apolda durch Reichelt Thlr. 2, Arnstadt durch Hägerich Thlr. 3 16, Merane durch Petermann Thlr. 2 15, Erfurt durch Rudolph Thlr. 5 23, Apolda durch Lüntzenberger Thlr. 4 6. Wir sagen unsern Parteigenossen besten Dank.

Braunschweig. Die hiesige Bourgeoisie läßt jetzt ihre Wuth an den einzelnen Arbeitern aus, welche während der Wahlbewegung für die Sache der Sozialdemokratie gewirkt haben. Das Maß regeln ist zum System geworden, und die „Säuberung der Werkstätten von sozialistischen Elementen“, wie die „Magdeburgische Zeitung“ schamlos die Repressalien der Bourgeoisie nennt, dauert fort. Familienväter, welche zehn, fünfzehn, zwanzig Jahre in derselben Werkstätte gearbeitet, werden nunmehr auf Pfahle geworfen. Die Braunschweiger Parteigenossen veranstalteten am 10. Januar eine große Volksversammlung, wo der Entschluß über das schmachvolle Vorgehen der Bourgeoisie energisch Ausdruck gegeben wurde. Nachdem Bracke, Bloss (Leipzig), Kofosky und Ulrich gesprochen, wurde nachstehende Resolution angenommen:

„Die am 10. März im „Odeon“ tagende Volks-Versammlung betrachtet es als keine Ehre für die Gegner des arbeitenden Volkes, daß sie den erfochtenen Wahlsieg jetzt dadurch verfolgen, daß sie die Führer der Arbeiter, auch wenn sie lange Jahre mit Ehren ihre Stellung ausgefüllt, entlassen und sie und ihre Familien auf das Stroßpflaster werfen. Sie wundert sich, daß dies gerade seitens der Braunschweiger Eisenbahn-Direktion und der Braunschweiger Maschinenbau-Anstalt geschieht, bei welchen Herr Schöttler, der jetzige Reichstagsabgeordnete für Braunschweig-Blankenburg, eine wohl entscheidende Stimme besitzt, und sie wundert sich gerade deshalb um so mehr, weil Herr Schöttler in seinem Wahlmanifeste sich einst gegen alle unlauteren Mittel verwarhte. Für das arbeitende Volk aber ergibt sich die Pflicht, den gemäßigtesten Führern mannhafte Seite zu stehen und sie erwartend besonders von den Gewerkschaften, daß sie schleunigst ein gemeinsames Unterstützungs-Comité organisiren. Die Anwesenden erklären sich zur schleunigsten Hilfe bereit.“

Die Sammlungen haben begonnen. Bei der bekannten Opferwilligkeit der Braunschweiger Arbeiter ist zu erwarten, daß die Opfer der Porteiwuth vor dem Hunger geschützt werden.

Braunschweig. Bernhard Becker, der frühere Redakteur des „Volkstreuend“, hat Braunschweig und das Reich der „Gottesfurcht und frommen Sitte“ verlassen und sich nach England begeben, um Zeit zu finden, eine beträchtliche Anzahl von Anklageschriften zu studiren, welche ihm ein Braunschweiger „liberaler“ Staatsanwalt an den Hals geworfen. Bernhard Becker hatte während des Wahlkampfes den „Volkstreuend“ redigirt und sich dadurch den Haß der „Braunschweiger National-Servilen“ zugezogen. Die liberalen Spießbürger riechen sich vor Freude die Hände, daß nunmehr der gehätselte Redakteur bald hinter Schloß und Riegel sitze.

Da, o Jammer, bringt das „Braunschweiger Tageblatt“ folgende Notiz: „Wie uns mitgetheilt wird, hat Herr Becker, welcher in der Wahlkampagne im „Volkstreuend“ die vielen rohen und gemeinen Artikel und Gedichte produzierte, dieser Tage Braunschweig verlassen, da er als Verfasser mehrerer incriminirter Pressproducte ermittelt sein soll, und voranzugesehen haben mag, daß es diesmal selbst nicht mit der „runden Summe“ abgethan sein würde. Das ist der Wuth dieser Volkstheuerer; erst Alles, was jedem anständigen Menschen heilig und theuer ist, in ekelhafter Weise begeißeln, den behörten Arbeitern zum „bekannten Zweck“ das sauer verdiente Geld aus der Tasche ziehen und dann, wenn sie für ihre Gemeinheiten und Verleumdungen einstehen sollen, das Weiße suchen!“ Die Freude der „Braunschweiger National-Servilen“ ist damit grausam gestört worden und der Aerger darob übersteigt alle Begriffe.

Das „Tageblatt“, welches seine Spürnase bei jeder Gelegenheit benützt, brauchte volle 14 Tage, um die Abreise Beckers zu wittern. Diese Blamaze kann nun dieses angeblich vom Staatsanwalt inspirirte Blättchen nur schwer vergessen und macht seinen Aerger durch Schimpfsucht Luft. Der Aerger des Blättchens über das Entkommen Beckers spricht aus jeder Zeile. Becker hätte alles begeistert, was jeden anständigen Menschen heilig und theuer ist, sagt das anständige Blättchen.

Nun, Bernhard Becker hat allerdings einst in den Leuchtkugeln unter dem Veisfall des größten Theils der Bevölkerung Braunschweigs die bekannte Postweten-Geschichte enthüllt und damit eine Anzahl Leute aus den höheren Ständen der Gesellschaft dem Volke in ihrer ganzen Servilität gezeigt, während das „Tageblatt“ diesen, sowie einen anderen vor Jahren auf dem Vohwege stützgehaltenen, unerhörten Scandal todtschwiegen hat. Versieht das „Tageblatt“ vielleicht unter den anständigen Leuten die Besucher jener Unschuldsoireen auf dem Vohwege, oder die bekannten Postweten-Gänger? — Heraus mit der Sprache! — Heute bringt dasselbe folgende Notiz: „Herr Bernhard Becker, welcher sich morgen wieder einmal vor dem Kreisgericht einfinden dürfte, soll glücklich in London eingetroffen sein. Um übrigens nicht aus der Thätigkeit zu kommen, scheint er sich bereits mit dem „Volkstreuend“ in Verbindung gesetzt zu haben, und werden wir also wohl in letzterem einen Reizebericht erwarten dürfen; auch die Gründe, warum er sich bis auf Weiteres zurückgezogen hat, wird er uns nicht vorenthalten.“ Dabei verschweigt es, daß es sich um jene Klage handelt, welche es selbst gegen Becker angestrengt hat, weil der-

selbe, mit Recht oder Unrecht lassen wir dahingestellt, behauptete, dessen Verleger habe einst viertausend Berliner Thaler erhalten und daß bei der Theilung dieser Summe Redakteur und Verleger mit Stock und Scheere auf einander los gegangen seien.

Das Blättchen will sodann seiner Spürnase Ehre machen, indem es mittheilt, daß Becker in London angekommen sei und sich von dort aus mit dem „Volkstreuend“ in Verbindung gesetzt habe. Wahrhaftig es ist ärgerlich, daß ihm dies keine Polizei vermehren kann! — Da das Blatt in seiner Einfalt glaubt, erwarten zu dürfen, daß Becker ihm die Gründe seiner Abreise mittheile, so wollen wir uns dieser Arbeit unterziehen, erwarten jedoch, daß das „Tageblatt“ auch eine von uns sodann an dasselbe gerichtete Frage beantworten wird.

Bernhard Becker hatte sich in Folge seiner literarischen Thätigkeit viele Prozesse zugezogen, die meistens mit Verurtheilung zu Geldstrafen bis zu 100 Thlr. endigten. Auch hatte derselbe eine halbjährige Gefängnißstrafe verbüßt. Gegen denselben schweben zur Zeit noch sieben Prozesse, welche ihm voraussichtlich mehr-jähriges Gefängniß einbringen würden. Bernhard Becker ist nicht mehr jung, wer kann es ihm da verübeln, wenn er dieser modernen Tortur aus dem Wege ging.

Der Wunsch des „Tageblatts“ ist damit erfüllt. Nun sage uns aber auch ehrenwerthe Schwester des „Leipziger Tageblattes“, warum hat seinerzeit Dein Redakteur Herr „Gorilla“ oder „Kurella“ Braunschweig verlassen?

Diebes „Tageblatt“ fasse jetzt einmal an die eigne Nase und erzähle Deinen Lesern, warum Dein Redakteur, der ehrenwerthe „Gorilla“, so plötzlich verduftete? Es wäre dies eine ganz amüsante Geschichte für Deine Leser! — Sah Deinem „Gorilla“ auch der Staatsanwalt im Raden, oder war sonst etwas faul im Staate Dänemark?

Das Braunschweiger Organ der National-Servilen möge fernerhin nicht wieder vergessen das Sprichwort: „Werse nicht mit Steinen, wenn du im Glashause sitzt.“

Briefkasten
der Redaktion. H. A. Berlin: Erhalten. — F. A. Berlin: Besten Dank! Wird bei Gelegenheit verwendet.
der Expedition: Serv Schwandberg, Berggrath: Von S. in Schwandberg ist eine Bestellung nicht eingegangen. Kalender sind einige Exemplare noch zu haben, bestellen Sie daher. — Abonnent Herold: Die Schuld liegt an der Post, reklamiren, d. h. beschweren Sie sich dort. — S. Lär: Dresden: Betr. der Annon. ist es in Richtigkeit. — Dom Breslau: Die Annon. d. Gesangsvereins kostet 24 Gr. — Schrift Sonneberg: Schrift Thlr. 1. 26. 5. — Arbeiter. Plauen: Ann. 12 Gr. — Stgl. hier: Schrift. 2 Gr. 5 Pf. — Säuhm.-Nachr. Kaufbeuren: Ann. 4 Gr. — Manufacturarb.-Gewerksch. Nowawes: Ann. 15 Gr. — Ständebd. d. Schrift. Thlr. 1. 15, die heute bestellten Schrift. kosten Thlr. 1. 1. 5. — G. Ann. Neundorf 5. Stahlfart: Abon. 1. Qu. Thlr. 14 17 5. — Wisse Neundorf: Schrift. Thlr. 1. 10. — Arbeiter. Verach durch Ortynar: Schrift. Thlr. 3. 1. 4.

Barmen
Zur Erinnerung an die Pariser Commune findet am Samstag, den 21. März, im großen Saale des „Sausouci“ eine Feier statt, bestehend aus Festsprede, musikalischen und theatralischen Aufführungen, wozu auswärtige Parteigenossen gegen Voreinrichtung ihrer Mitgliedslisten freien Zutritt haben.
Der Vertrauensmann.

Berlin
Sonnabend, 21. März, Abends 8 Uhr Köpenickerstraße 145:
geschlossene Mitglieder-Versammlung.
Da wichtige Punkte vorliegen, ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich.
D. B.

Hamburg
Sozial-demokratischer Arbeiterverein.
Montag, den 23. März, Abends halb 9 Uhr
Öffentliche Versammlung
im großen Saale des Herrn Hansch, Schaumburger Straße 14.
Tages-Ordnung: Vortrag des Hrn. Müller über Sozialdemokratie und Religion.
Der Vorstand.

Leipzig
Sonnabend, den 21. März: Windmühlstraße 7 Versammlung. Sozialer Wochenbericht von Ausführenten. — Vortrag von Hrn. Zeller über Kungen- und andere Krankheiten.
Heute Donnerstag, den 19. März, Abends halb 8 Uhr:
Sections-Versammlung der Tischler und Pianoforte-Arbeiter.
Wahl des Vorstandes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet der Bevollmächtigte.

Leipzig
Sonnabend, den 21. März, Abends 8 Uhr:
Märzfeier
im Saale der Tonhalle.
Ist polizeilich verboten worden.

Ludzenwalde.
Sonnabend, den 21. d. M., von Abends halb 9 Uhr findet hier selbst im Saale des Hrn. Th. Schulz ein allgemeines Arbeiterverbrüderungsfeiern statt; die Festsprede hält der Reichstagsabgeordnete Julius Rotteler aus Crimmitschau.
Freunde und Parteigenossen von nah und fern sind zu diesem Feste herzlich eingeladen.
Das Festcomité.

Nowawes
Manufaktur-Arbeiter-Gewerkschaft.
Sonnabend, den 21. März, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Gastwirth Schwarze. Tages-Ordnung: 1) Ueber die Krankenkasse. 2) Abrechnung und Fragekasten.
Neue Mitglieder werden aufgenommen und hat jeder das Recht, Freunde mitzuführen.
Der Vertrauensmann: F. Staudenbrand.

Plauen i. V.
Die sozial-demokratische Arbeiterpartei beabsichtigt am 22. d. M., Abends 7 Uhr im hiesigen Pratersaale ein
Arbeiterverbrüderungsfeiern
mit Concert, Festsprede (von Hermann Albert aus Glauchau), Declamation und Gesang abzuhalten. (Ball ist wegen Eintritt der „geschlossenen Zeit“ nicht gestattet worden).
Die Parteigenossen von Nah und Fern werden gebeten, uns durch ihren Zutritt und durch Unterstützung in Declamation und Gesang dieses erste Feiern möglichst verheerlichen zu helfen. Das Festcomité.
Allen Parteigenossen und Freunden rufe ich bei meiner Abreise nach Sachsen-Altenburg ein herzliches Lebwohl zu.
Breslau, den 17. März 1874. G. Kahnt.

Arbeits-Hosen.
Aecht Englisch Lederhosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.
„ Cord-Hosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.
„ Starke Stoff-Hosen à Stück 2 Thlr. 15 Sgr.
„ Militär-Drillhosen à Stück 1 Thlr.
„ Baumwollene feste Arbeitshosen à Stück 27 1/2 Sgr. empfiehlt
Louis Guttman
No. 24 Grimmische Strasse No. 24.
J. JN]

Die Parteigenossen in Cincinnati werden freundlich ersucht, falls ihnen die Adresse eines Regiments Anton Wachs dort bekannt sein sollte, setze an die Expedition des „Volkstreuend“ mitzutheilen, da es sich um Familienangelegenheiten handelt.
Berggrath.
Franz Geds.

Herrn August Reichel, Tischler aus Nürnberg, ersuche ich gefälligst um seine Adresse. G. Dopp, 8 Boston Terrace, Hammersmith, London

Von der Expedition des „Volkstreuend“ ist zu beziehen:

Bebel, A., Untere Ziele. 4. Auflage	Thlr.	2
Becher, B., Der alte und neue Feudalismus	—	6
— — — — — Die deutsche Bettelpatriotie. In 5 Bf. 4	—	7
— — — — — Reaktion in Deutschland gegen die Revolution v. 1848	—	22
— — — — — Mißbrauch der Nationalitätenlehre	—	10
— — — — — National-ökonomische Raketen	—	6
— — — — — Enthüllungen über das Lebensende Lassalle's	—	6
*Becher, J. Ph., Die und Wann?	—	27
* — — — — — Geschichte der süddeutschen Mai-Revolution	—	2
* — — — — — Vorbote. Soz.-pol. Monatsschrift. (6 Jahrgänge, 1866-1871)	—	3
Bracke, B., Der Lassalle'sche Vorschlag	—	5
Der Braunschweiger Ausschuß der sozial-demokratischen Arbeiterpartei in Wggen und vor Gericht 1871	—	12
Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalraths der Internationalen Arbeiterassoziation	—	2
Der Feigheit	—	2
Die dritte Niederlage des französischen Proletariats	—	2
Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstags und der Landtage und die Sozialdemokratie	—	1
Diegen, Religion der Sozial-Demokratie, 1. 2. 3.	—	1
— — — — — National-ökonomisches	—	1
— — — — — Die bürgerliche Gesellschaft	—	1
* — — — — — Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit	—	15
Eichhoff, Internationale Arbeiter-Assoziation	—	4
Engels, F., Zur Wohnungsfrage	—	1
1. Heft: Die Proudhon die Wohnungsfrage löst	—	1
2. — — — — — Die die Bourgeoisie die Wohnungsfrage löst	—	1
3. — — — — — Nachtrag über Proudhon u. die Wohnungsfrage	—	1
— — — — — Die Bakunisten an der Arbeit	—	1
— — — — — Der Bauernkrieg	—	5
Erinnerung an die letzte Matinee 1871 (Gedicht)	—	6
Freimaurer und Sozialdemokrat	—	6
Generalabstimmungsliste des deutsch. Reichstags v. 1867-73	—	20
Hastpflichtgesetz vom 7. Juni 1871	—	—
Herr Böhmert und seine Fälschungen der Wissenschaft, be- gangen in seinem Buche: „Der Sozialismus und die Arbeiterfrage“	—	8
Hilkmann, Die intern. Arbeiter-Assoziation (1864-71), ihre Geschichte, Programm und Thätigkeit	—	1
— — — — — Praktische Emanzipationswunde	—	1
Hirsch, Die angeblichen sozialen Theorien und die wirklichen Bestrebungen des Herrn Bakunin	—	2
Houb, Freie Gedanken (Gedichte)	—	1
Jacoby, L., Es werde Licht (Poesien)	—	5
Inaugural-Adresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation v. 28. Sept. 1864	—	1
Kapital und Arbeit	—	—
Kraßer, Dr. F., Anti-Sollabus (Gedicht)	—	—
— — — — — Oeterum censeo (Gedicht)	—	—
Lassalle, F., Ueber Verfassungswesen	—	2
— — — — — An die Arbeiter Berlins	—	2
— — — — — Offenes Antwortschreiben	—	1
— — — — — Fichte's Philosophie	—	3
— — — — — Arbeiterlesebuch	—	2
— — — — — Arbeiterprogramm	—	2
— — — — — Die Wissenschaft und die Arbeiter	—	3
— — — — — Criminalproceß, III. Instanz	—	3
— — — — — Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens	—	8
— — — — — Franz von Sickingen	—	12
— — — — — System der erworbenen Rechte	—	5
— — — — — Die Feste, die Presse etc.	—	2
— — — — — Julian Schmidt	—	12
— — — — — Erwiderung auf eine Recension der Kreuzzeitung über das Buch „Herr Bastiat-Schulze“	—	1
— — — — — Indirekte Steuern	—	4
*In Marcora, Etwas mehr Licht, Enthüllungen über die pol. Ereignisse des Jahres 1866	—	1
Leipziger Hochverrathproceß. In 10-12 Lieferungen à	—	2
Liederknast, B., Zu Schutz und Trug	—	2
— — — — — Die politische Stellung der Sozialdemokratie	—	1
— — — — — Wissen ist Macht — Macht ist Wissen	—	2
*Marx, Das Kapital. 2. Aufl.	—	3
— — — — — Der XVIII. Brumaire des Louis Bonaparte	—	15
Maß, Lieberbuch. geb. 4 Gr., ungeb.	—	3
— — — — — Kapital und Arbeit	—	3
Protokoll des Stuttgarter Kongresses	—	1
— — — — — des Dresdener Kongresses	—	1
— — — — — des Schweizer Arbeiter-Kongresses zu Olten	—	2
— — — — — Polgarbeiterkongreß zu Nürnberg 1873	—	2
Photographien von Marx, Lassalle, Feuerbach, Bebel, Liebknecht, Heppner, Engels, Geib, Diegen, Ros, Bahlreich, Bracke, Bahlster, Job. Jacoby, Garibaldi, Delescluze, Ferré, Koffel, Millière, Blanqui, Gailant, Crémieux, Courbet, Leo, Frankel etc.; in Bistenkarten- format	—	2
— — — — — Gruppenbilder (Tableaux) der sog. Wiener, Braun- schweiger, Leipziger und Pester Hochverräter	—	2
— — — — — in Kabinetsformat	—	—
— — — — — in Groß-Folio (Lassalle, Brustbild)	—	1
*Rathgeber für Gewerbetreibende. (Auch in 8 Lieferungen)	—	1
*Reich, Dr., Medizinische Abhandlungen	—	1
Rittinghausen, Sozial-demokratische Abhandlungen, 5 Hefte (1.-4. Heft à 3 Rgr., 5. Heft 6 Rgr.)	—	10
*Rödel, Sachsens Erhebung und das Justizhaus zu Waldbheim	—	10
Rhauer, A., Festsprede, gehalten am Gründungsfeiern der Metall- arbeitergesellschaft zu Dresden, den 3. September 1872	—	—
Rhen, G., Wiener Hochverrathproceß 1870	—	18
Scholl, Dem Andenken Feuerbachs	—	—
Serns - Salawiewitsch, Unsere russischen Angelegenheiten, über- setzt von S. L. Borckheim	—	—
Spezialkarte von Sachsen	—	—
*Stamm, Erklärung der vordenden Menschheit	—	1
— — — — — Sozialistisches Wahlprogramm	—	—
Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation	—	—
Wahlrecht, Der Parteikampf zwischen den Sozialisten Deutsch- lands	—	—
Wagel, Verfassung der Lebensmittel	—	—
Waller, Am Weisfuß der Zeit. Soz. Roman. In 3 Bf. à	—	—
*Wittig, Ein Jahrhundert der Revolutionen. Vollständig in 20 Lieferungen à	—	—
Wohnungsfrage. Ein soziale Skizze	—	—
Zimmermann, F. R., Pfaffenpeitsche 2 Bde., à	—	—
Zur Erinnerung für die deutschen Nordpatrioten	—	—
NB. Die mit * bezeichneten Schriften können nur gegen Baar- geld abgegeben werden.	—	—

Leipzig: Berantwortl. Redakteur: W. Pfeiffer. (Redaktion u. Ver- leger: 44.) Druck und Verlag der Gesellschaftsdruckerei